

Die DVP im Mai 2016/Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

Marc Hansmann

Ursachen kommunaler Haushaltsdefizite 179

Seit rund 25 Jahren haben viele Kommunen Probleme, ihren Ergebnis- bzw. Verwaltungshaushalt auszugleichen. Laut der Erhebung von Ernst und Young lag die Anzahl der Defizitkommunen in den Jahren 2014 und 2015 bei rund 50 Prozent. Die Frage nach den Ursachen, die in diesem Beitrag im Mittelpunkt steht, ist alles andere als trivial und stieß bisher in der Wissenschaft auf wenig Interesse. Der Ursachenanalyse voraus geht eine Darstellung des Ausmaßes und der Folgen der kommunalen Haushaltsdefizite. Aufbauend auf den Erkenntnissen der Analyse werden im Schlusskapitel Lösungsansätze skizziert.

Lutz C. Kaiser

Besser früher fördern als (zu) spät quotieren 186

Im öffentlichen Sektor findet sich trotz einer langen Tradition der Gleichstellung eine eher geringe Besetzung von Führungspositionen durch Frauen. Der Beitrag nimmt in diesem Zusammenhang mit dem Thema Karriereinschätzungen einen bisher völlig vernachlässigten Aspekt in Betracht. Im Ergebnis finden sich erhebliche geschlechtsspezifische Unterschiede in der Karriereinschätzung, die sich zu Ungunsten von Frauen auswirken können.

Der Forschungsbeitrag beschreibt das Muster solcher Differenzen entlang verschiedener Karrierestufen und diskutiert, was die Ergebnisse für das Personalmanagement mit präventiven und reaktiven Instrumenten mit Blick auf die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst bedeuten.

Stefan Eisner/Dino Schubert

Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung 195

Für Kommunen stellt sich im Zusammenhang unterschiedlicher Leistungserstellungsprozesse immer wieder die Fragestellung nach der Wirtschaftlichkeit von Eigenfertigung bzw. Fremdbezug (sogenannte für Make-or-Buy Problematik).

In den Ratsparlamenten kommunaler Gebietskörperschaften wird z.B. oftmals über die Wirtschaftlichkeit der Arbeit eines eigenen Baubetriebshofes diskutiert. Um als Verwaltung dazu valide Aussagen treffen zu können und eine Grundlage für Vergleiche mit analogen externen Leistungen von privaten Betrieben vornehmen zu können ist zumindest eine spartenbezogene Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) notwendig. So dient die Kosten- und Leistungsrechnung neben diversen anderen Zwecken der in diesem Artikel vordergründig relevanten Ermittlung der internen Verrechnungspreise, die ein Surrogat für den Preis auf dem externen Gütermarkt sind.

Dieser Beitrag verfolgt die Zielsetzung, notwendige Kostenpositionen für den spartenbezogenen Aufbau einer KLR in einem kommunalen Baubetriebshof vorzustellen um darauf aufbauend anhand einer realen Fallstudie die Konzeption der KLR für den Baubetriebshof der niedersächsischen Samtgemeinde Bevensen-Ebstorf vorzustellen. Es werden zunächst theoretische Implikationen für eine KLR-Einführung vorgestellt, welche sodann im nächsten Schritt als Kriterien für die Konzeption der KLR in der konkreten Fallstudie dienen. Die Fallstudie soll somit in diesem Artikel Theorie-beschreibend verwendet werden und ist qualitativer Natur.

Fallbearbeitungen

Holger Weidemann

Die neue Grundstückszufahrt. 200

Gegenstand dieses Falles ist ein Antrag auf Genehmigung einer zweiten Zufahrt eines landwirtschaftlichen Betriebs mit Hofladen zu einer Kreisstraße.

Die Besonderheit dieser Fallbearbeitung liegt darin, dass der Lösungsvorschlag mit ergänzenden Hinweisen nicht im unmittelbaren Anschluss an die Aufgabenstellung folgt, sondern On-line unter der Adresse www.dvp-digital.de eingesehen werden kann.

Holger Franke

Wohncontainerdorf für Flüchtlinge 202

Bei dieser Fallbearbeitung aus dem Baurecht geht es in der Sache um Erleichterungen im Hinblick auf die bauplanungsrechtliche Genehmigungsfähigkeit von Gemeinschaftsunterkünften, die der Gesetzgeber mit zwei Baurechts-Novellen geschaffen hat.

Im Rahmen der Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen sollen die Neuregelungen für Gemeinschaftsunterkünfte im Außenbereich erarbeitet werden. Den Schwerpunkt der Prüfung bilden die Regelungen des § 35 BauGB i.V.m. § 246 Abs. 9 und Abs. 13 BauGB. Bauordnungsrechtliche und umweltrechtliche Fragen (insbesondere die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung) sollen aus zeitlichen Gründen nicht angesprochen werden.

Eva-Maria Kremer

Der umstrittene Weihnachtsmarkt. 206

Es handelt sich um eine dreistündige Klausur, die im Rahmen der Bachelorstudiengänge Kommunaler und Staatlicher Verwaltungsdienst im Modul 6.1 „Kommunalrecht“ an der FHöV NRW ausgegeben wurde.

In der Sache geht es in Anlehnung an eine einschlägige Entscheidung des BVerwG (Urteil vom 27.05.2009 – 8 C 10/08) um die Frage, unter welchen Voraussetzungen eine Gemeinde den Betrieb einer öffentlichen Einrichtung aufgeben und diese auf Private übertragen darf.

Rechtsprechung

Richterliche Willkür

(BVerfG, Beschluss vom 28.07.2014 – 1 BvR 1925/13) 211

Widerspruch in beamtenrechtlichen Streitigkeiten

(BVerwG, Urteil vom 30.10.2013 – 2 C 23/12) 212

Das Ende der unendlichen Geschichte der Straßenreinigung in Brandenburg (?)

(OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 15.10.2014 – 9 B 20 und 21/14) 215

Zu den Grundanforderungen des selbständigen wissenschaftlichen Arbeitens

(VGH Mannheim, Beschluss vom 09.02.2015 – 9 S 327/14) 217

„Abo-Fallen“ im Internet

(BGH, Urteil vom 05.03.2014 – 2 StR 616/22) 218

Schrifttum

219

Die Schriftleitung